

Bitte beachten:
**Rechtlich verbindlich ist ausschließlich der amtliche,
im offiziellen Amtsblatt veröffentlichte Text.**

Habilitationsordnung
für die Fakultät für Mathematik und Informatik
der Universität Passau

Vom 2. März 2005

Auf Grund von Art. 6 Abs. 1 Satz 1 in Verbindung mit Art. 91 Abs. 8 Satz 1 des Bayerischen Hochschulgesetzes (BayHSchG) erlässt die Universität Passau folgende Habilitationsordnung für die Fakultät für Mathematik und Informatik:

Vorbemerkung zum Sprachgebrauch:

Im Text erfolgt die Bezeichnung weiblicher oder männlicher Personen aus Gründen der Lesbarkeit und Übersichtlichkeit jeweils in maskuliner Form. Mit allen verwendeten Personenbezeichnungen sind stets beide Geschlechter gemeint.

I. ALLGEMEINE REGELUNGEN

§ 1
Ziel der Habilitation

(1) ¹Die Habilitation dient der förmlichen Feststellung der wissenschaftlichen und pädagogischen Eignung zum Professor in einem bestimmten Fachgebiet (Lehrbefähigung). ²Ziel des Habilitationsverfahrens ist es, besonders qualifizierten Nachwuchswissenschaftlern die Möglichkeit zu geben, selbstständig Aufgaben in Forschung und Lehre wahrzunehmen, und sie unter wissenschaftlicher Begleitung durch ein Fach-

mentorat, dem drei Hochschullehrer angehören, möglichst innerhalb von vier Jahren für die Berufung auf eine Professur zu qualifizieren. ³Fachgebiete sind: Informatik, Mathematik, Angewandte Informatik.

(2) ¹Auf Grund der Feststellung der Lehrbefähigung erteilt die Universität Passau auf Antrag der habilitierten Person die Lehrbefugnis in dem Fachgebiet, auf das sich die Lehrbefähigung bezieht. ²Mit der Erteilung der Lehrbefugnis ist das Recht zur Führung der Bezeichnung „Privatdozent“ bzw. „Privatdozentin“ verbunden.

§ 2 Habitationsleistungen

Im Habitationsverfahren werden

1. die pädagogische Eignung auf Grund hochschuldidaktischer Qualifizierung und selbständig erbrachter Leistungen in der akademischen Lehre,
2. die Befähigung zu selbstständiger Forschung auf Grund einer Habilitationsschrift oder mehreren Fachpublikationen mit dem einer Habilitationsschrift entsprechenden wissenschaftlichen Gewicht,

festgestellt.

II. ANNAHME ALS HABILITAND

§ 3 Voraussetzungen für die Annahme

(1) ¹Das Habitationsverfahren beginnt mit der Entscheidung über die Annahme des Bewerbers als Habilitand des Fachbereichs. ²Als Habilitand wird auf Antrag ein Bewerber angenommen, der

1. ein Studium an einer wissenschaftlichen Hochschule oder einen entsprechenden Studiengang an einer integrierten Gesamthochschule erfolgreich abgeschlossen hat,
2. zur Führung des Doktorgrades oder eines gleichwertigen akademischen Grades berechtigt ist,
3. über die pädagogische Eignung und eine besondere Befähigung zu wissenschaftlicher Arbeit verfügt.

(2) Der Nachweis des erfolgreich abgeschlossenen Studiums im Sinne von Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 gilt bei einem Bewerber als erbracht, der als Fachhochschulabsolvent nach Maßgabe der einschlägigen Promotionsordnung zum Promotionsverfahren zugelassen wurde.

(3) ¹Zur Feststellung der pädagogischen Eignung im Sinne von Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 muss der Bewerber den Nachweis erbringen, dass er in der Lage ist, Studenten in

dem Fachgebiet der angestrebten Lehrbefähigung eine wissenschaftsbezogene Ausbildung zu vermitteln. ²Der Nachweis wird in der Regel erbracht durch die Abhaltung mindestens zweier Vorlesungen von mindestens jeweils 2 SWS an einer Hochschule.

(4) ¹Die besondere Befähigung zu wissenschaftlicher Arbeit im Sinne von Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 wird in der Regel durch die herausragende Qualität einer Promotion nachgewiesen. ²Herausragend ist die Qualität einer Promotion, die mit mindestens der Gesamtnote „sehr gut“ bzw. „magna cum laude“ abgeschlossen worden ist.

§ 4 Antrag auf Annahme

(1) Der Antrag auf Annahme als Habilitand ist unter Angabe des Fachgebietes, für das die Lehrbefähigung festgestellt werden soll, schriftlich an den Dekan der Fakultät zu richten.

(2) Dem Antrag sind beizufügen

1. die Nachweise zu den in § 3 genannten Voraussetzungen;
2. ein Lebenslauf, der besonders über den Bildungsweg Aufschluss gibt;
3. ein Bericht über die vom Bewerber bisher abgehaltenen Lehr- und Vortragsveranstaltungen sowie die bisher durchgeführten Forschungsarbeiten;
4. ein vollständiges Publikationsverzeichnis des Bewerbers;
5. ein Vorschlag zur Besetzung des Fachmentorats;
6. ein amtliches Führungszeugnis neueren Datums, sofern der Bewerber nicht im öffentlichen Dienst steht;
7. eine Erklärung darüber, ob und gegebenenfalls mit welchem Erfolg der Bewerber an einer Hochschule ein Habilitationsgesuch eingereicht hat und ob ihm ein akademischer Grad entzogen worden ist.

§ 5 Entscheidung über die Annahme

(1) ¹Ist der Antrag nach § 4 unvollständig, setzt der Dekan dem Bewerber eine angemessene Frist zur Vervollständigung. ²Wird der Antrag innerhalb der Frist nicht vervollständigt, weist ihn der Dekan zurück. ³Andernfalls entscheidet der Fachbereichsrat (Art. 91 Abs. 9 BayHSchG) nach Vorlage der vollständigen Unterlagen über die Annahme als Habilitand.

(2) Die Annahme ist zu versagen, wenn

1. der Bewerber die Voraussetzungen nach § 3 nicht erfüllt oder
2. dem Bewerber ein akademischer Grad entzogen worden ist oder Tatsachen vorliegen, die die Entziehung eines akademischen Grades rechtfertigen.

(3) Ist gegen den Bewerber ein Strafverfahren wegen einer Straftat anhängig, die die Entziehung eines akademischen Grades zur Folge haben könnte, ist die Entscheidung über die Annahme bis zum rechtskräftigen Abschluss des Strafverfahrens auszusetzen.

(4) Die Annahme ist zu widerrufen, wenn im Laufe des Habilitationsverfahrens einer der Versagungsgründe nach Abs. 2 eintritt.

(5) Die Entscheidung wird dem Bewerber vom Dekan schriftlich mitgeteilt; eine ablehnende Entscheidung ist zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

§ 6 Fachmentorat

(1) ¹Im Anschluss an die Entscheidung über die Annahme setzt der Fachbereichsrat ein Fachmentorat ein. ²Das Fachmentorat besteht aus einem Vorsitzenden und aus zwei weiteren Mitgliedern. ³Die Fachmentoratsmitglieder müssen Hochschullehrer sein, von denen mindestens zwei das angestrebte Fachgebiet des Habilitanden vertreten müssen. ⁴Mindestens zwei Mitglieder müssen Professoren gemäß Art. 17 Abs. 1 Nr. 2 BayHSchG der Fakultät sein. ⁵Ein Mitglied kann einer anderen Fakultät oder Universität angehören. ⁶Der Bewerber hat ein Vorschlagsrecht in Bezug auf die Zusammensetzung des Fachmentorats.

(2) ¹Das Fachmentorat übernimmt eine Vertrauens- und Schutzfunktion für den Habilitanden. ²Es begleitet den Fortgang der Qualifikationsleistungen in Forschung und Lehre.

III. HABILITATIONSVERFAHREN

§ 7 Dauer der Habilitation

¹Der mit der Annahme beginnende Status als Habilitand ist in der Regel auf vier Jahre zuzüglich der Dauer des Begutachtungsverfahrens begrenzt. ²Das Fachmentorat soll auf Antrag bei Vorliegen besonderer Gründe die Dauer des Status als Habilitand verlängern, insbesondere um Zeiten der Inanspruchnahme von Elternzeit, eines Beschäftigungsverbotes nach der Verordnung über den Mutterschutz von Beamtinnen oder der Inanspruchnahme einer Arbeitszeitverkürzung auf Grund der Betreuung von Kindern unter 18 Jahren im Sinne des § 57 b Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 und Satz 3 HRG sowie bei Habilitanden, die nicht Mitglieder der Hochschule sind. ³Die Zielvereinbarung gemäß § 8 Abs. 1 ist in diesen Fällen entsprechend zu ergänzen.

§ 8 Zielvereinbarung

(1) ¹Das Fachmentorat vereinbart mit dem Habilitanden Art und Umfang der für den Erwerb der Lehrbefähigung notwendigen Leistungen in Forschung und Lehre; sie sollen sich an der in § 7 genannten Dauer des Habilitationsverfahrens und den sonstigen Aufgaben im Rahmen des Dienstverhältnisses orientieren. ²In der Zielvereinbarung müssen die vereinbarten Leistungen und die Kriterien für die Zwischenevaluierung (§ 9 Abs. 1) schriftlich fixiert werden. ³Daneben bestimmt sie auch die bereitzustellenden Arbeitsmöglichkeiten. ⁴Sie ist vom Habilitanden und dem Fachmentorat zu unterzeichnen.

(2) Das Fachmentorat unterstützt den Habilitanden bei der Umsetzung der Vereinbarung sowie bei der Sicherstellung einer drittmittelfähigen Grundausstattung durch die Hochschule, soweit sie für die beabsichtigte Arbeit erforderlich ist, und begleitet den Fortgang der Qualifizierung in Forschung und Lehre.

(3) ¹Habilitanden, die als wissenschaftliche Assistenten oder wissenschaftliche Mitarbeiter Mitglieder der Hochschule sind, überträgt der Dekan im Einvernehmen mit dem Fachmentorat die selbstständige Wahrnehmung von Aufgaben in Forschung und Lehre. ²Der Habilitand soll dabei Lehrleistungen in einem Umfang von durchschnittlich fünf Semesterwochenstunden erbringen. ³Soweit Habilitanden nicht Mitglieder der Hochschule sind, trägt das Fachmentorat im Benehmen mit dem Fachbereich dafür Sorge, dass der Habilitand sich in der akademischen Lehre qualifiziert und ausreichend Gelegenheit zur Lehre erhält. ⁴Über die Leistungen in der Lehre wird vom Fachmentorat ein Lehrbericht erstellt, in den in sinngemäßer Anwendung des Art. 39a Abs. 3 BayHSchG eine Bewertung der Studenten einfließen soll.

(4) ¹Der Habilitand hat eine schriftliche Habilitationsleistung zu erbringen. ²Diese kann aus einer Habilitationsschrift oder wissenschaftlichen Veröffentlichungen oder zur Veröffentlichung angenommenen wissenschaftlichen Arbeiten mit dem einer Habilitationsschrift entsprechenden wissenschaftlichen Gewicht bestehen; bei mehreren, thematisch zusammengehörigen wissenschaftlichen Veröffentlichungen (kumulative Habilitation) ist eine ausführliche Zusammenfassung beizulegen. ³Mit der schriftlichen Habilitationsleistung soll der Habilitand seine Befähigung zu selbstständiger Forschung nach internationalen Standards nachweisen und einen wesentlichen Beitrag zur wissenschaftlichen Erkenntnis erbringen. ⁴Die schriftliche Habilitationsleistung darf sich nicht überwiegend mit dem Gegenstandsbereich der Dissertation oder der zum Erwerb eines dem Doktorgrad gleichwertigen akademischen Grades gefertigten Arbeit befassen.

§ 9 Zwischenevaluierung

(1) Nach zwei Jahren führt das Fachmentorat eine Zwischenevaluierung unter Zugrundelegung der nach § 8 Abs. 1 Satz 2 in der Zielvereinbarung festgehaltenen Kriterien durch mit dem Ziel, eine Prognose über den Erfolg des Habilitationsvorhabens abzugeben und nötigenfalls Korrekturen an der Zielvereinbarung vorzunehmen.

- (2) Das Ergebnis der Zwischenevaluierung ist dem Dekan anzuzeigen.
- (3) Entsprechen die Ergebnisse den Vorgaben der Zielvereinbarung, wird das Habilitationsverfahren fortgeführt.
- (4) Sind auf Grund der Zwischenevaluierung Korrekturen der ursprünglichen Zielvereinbarung notwendig, so sind diese im Einvernehmen zwischen Fachmentorat und Habilitand zu fixieren und vom Dekan gegenzuzeichnen.
- (5) ¹Stellt das Fachmentorat fest, dass die für die Zwischenevaluierung vereinbarten Leistungen nicht erbracht wurden und dass auch die vereinbarten Leistungen für die gesamte Habilitationsleistung voraussichtlich nicht erbracht werden können, kann der Fachbereichsrat die Bestellung des Fachmentorats aufheben. ²Mit der Aufhebung des Fachmentorats ist das Habilitationsverfahren beendet. ³Der Dekan erteilt in diesem Fall dem Habilitanden einen mit Gründen und einer Rechtsbehelfsbelehrung versehenen schriftlichen Bescheid.

§ 10

Feststellung der Habilitationsleistungen durch das Fachmentorat

- (1) Bei Fortführung des Habilitationsverfahrens nach der Zwischenevaluierung findet nach Erbringung der für die Feststellung der Lehrbefähigung vereinbarten Leistungen im Sinne des § 8 Abs. 1 Satz 1, spätestens jedoch nach Ablauf der in § 7 Satz 1 genannten und gegebenenfalls nach Satz 2 verlängerten Frist, eine wissenschaftliche Begutachtung der Habilitationsleistungen in Forschung und Lehre durch das Fachmentorat statt.
- (2) ¹Vor der Bewertung der schriftlichen Habilitationsleistung bestellt der Dekan im Benehmen mit dem Fachmentorat in der Regel zwei Hochschullehrer, die das entsprechende Fachgebiet an einer anderen Universität vertreten, als Gutachter. ²Diese und mindestens zwei Fachmentoren, die das Habilitationsfach vertreten, erstellen je ein schriftliches Gutachten, schlagen die Annahme oder Ablehnung der schriftlichen Habilitationsleistung vor und begründen jeweils ihren Vorschlag. ³Der Habilitand stellt jedem Gutachter ein Exemplar der schriftlichen Habilitationsleistung zur Verfügung, versehen mit einer eidesstattlichen Erklärung des Inhalts, dass die schriftliche Habilitationsleistung selbständig verfasst und die Herkunft des verwendeten oder zitierten Materials ordnungsgemäß kenntlich gemacht ist. ⁴Spätestens drei Monate nach Erbringung der vereinbarten Leistungen im Sinne des § 8 Abs. 1 Satz 1 müssen die Gutachten dem Fachmentorat vorliegen.
- (3) Der Habilitand hält einen hochschulöffentlichen Vortrag von ca. 45 Minuten Dauer über seine Forschungsarbeit.
- (4) Nach dem Vortrag und nach Vorlage aller Gutachten bildet sich das Fachmentorat auf der Grundlage sämtlicher Gutachten eine abschließende Meinung.
- (5) Die Begutachtung der pädagogischen Eignung durch das Fachmentorat stützt sich auf die Leistungen des Habilitanden in der Lehre unter Berücksichtigung des

Lehrberichts nach § 8 Abs. 3 Satz 4 sowie seine wissenschaftsbegleitende Qualifizierung in der akademischen Lehre.

(6) ¹Stellt das Fachmentorat fest, dass die vereinbarten Leistungen nicht innerhalb der Vierjahresfrist erbracht wurden, kann dem Habilitanden eine Nachfrist eingeräumt werden. ²§ 7 Satz 2 bleibt hiervon unberührt. ³Die Zielvereinbarung ist in diesen Fällen entsprechend zu ergänzen.

(7) ¹Nach Begutachtung durch das Fachmentorat legt der Vorsitzende dem Dekan die Gutachten über die schriftliche Habilitationsleistung, den Lehrbericht und gegebenenfalls vorhandene Unterlagen über die Qualifizierung des Habilitanden in der akademischen Lehre mit einer Stellungnahme darüber vor, ob der Bewerber die vereinbarten Leistungen im Sinne des § 8 Abs. 1 Satz 1 erbracht hat. ²Hat der Bewerber die vereinbarten Leistungen erbracht, schlägt das Fachmentorat dem Fachbereichsrat die Erteilung der Lehrbefähigung vor. ³Wurden die für die Feststellung der Lehrbefähigung erforderlichen Leistungen nach Auffassung des Fachmentorats nicht oder nicht innerhalb der Frist des § 7 Satz 1 beziehungsweise im Fall einer Verlängerung nach § 7 Satz 2 nach Ablauf der verlängerten Frist erbracht und konnten diese auch nicht innerhalb einer angemessenen Nachfrist nach Abs. 6 Satz 1 erbracht werden, schlägt das Fachmentorat dem Fachbereichsrat vor, von der Feststellung der Lehrbefähigung abzusehen.

§ 11

Abschluss des Verfahrens

(1) ¹Nach der Stellungnahme des Fachmentorats setzt der Dekan eine Frist für die Auslage fest. ²Sie beträgt mindestens zwei Wochen in der Vorlesungszeit. ³Während dieser Frist liegen die schriftliche Habilitationsleistung und die Gutachten im Dekanat zur Einsichtnahme und etwaiger Stellungnahme durch die Mitglieder des Fachbereichsrats aus. ⁴Der Vorsitzende des Fachmentorats benachrichtigt die stimmberechtigten Mitglieder des Fachbereichsrats schriftlich über die Möglichkeit der Einsichtnahme und den Zeitraum der Frist für eventuelle Stellungnahmen.

(2) ¹Schlägt das Fachmentorat dem Fachbereichsrat die Feststellung der Lehrbefähigung vor, führt der Dekan innerhalb von vier Monaten ab Eingang der Stellungnahme des Fachmentorats beim Dekan einen Beschluss des Fachbereichsrats über den Vorschlag des Fachmentorats herbei; kommt ein Beschluss innerhalb dieser Frist nicht zustande, gilt die Lehrbefähigung als festgestellt. ²Im Fall des § 10 Abs. 7 Satz 3 hebt der Fachbereichsrat die Bestellung des Fachmentorats auf; das Habilitationsverfahren ist damit beendet. ³Der Dekan teilt dem Habilitanden schriftlich das Scheitern mit Begründung und Rechtsbehelfsbelehrung mit.

§ 12

Urkunde

¹Über den erfolgreichen Abschluss des Habilitationsverfahrens wird eine vom Rektor der Universität Passau und vom Dekan unterzeichnete und mit dem Siegel der Uni-

versität Passau versehene Urkunde ausgestellt und dem Bewerber ausgehändigt.
²Sie trägt das Datum der Beschlussfassung des Fachbereichsrats und gibt das Fachgebiet der Lehrbefähigung an.

§ 13

Drucklegung der Habilitationsschrift

Sofern die Habilitationsschrift ganz oder in wesentlichen Teilen gedruckt ist, ist sie der Universitätsbibliothek in zwei Exemplaren unentgeltlich zu überlassen.

§ 14

Erweiterung der Lehrbefähigung

¹Auf begründeten Antrag hin kann die festgestellte Lehrbefähigung auf andere Fachgebiete im Bereich der Fakultät für Mathematik und Informatik erweitert werden. ²Die Bestimmungen dieser Habilitationsordnung gelten entsprechend mit der Maßgabe, dass das Fachmentorat die im ersten Habilitationsverfahren getroffene Feststellung der pädagogischen Eignung anerkennen kann. ³Über die Erweiterung der Lehrbefähigung und das zusätzliche Fachgebiet wird eine Urkunde ausgestellt.

§ 15

Rücknahme und Widerruf der Feststellung der Lehrbefähigung

Über die Rücknahme oder den Widerruf der Feststellung der Lehrbefähigung (Art. 48, 49 BayVwVfG) entscheidet der Fachbereichsrat.

§ 16

Einsicht in die Prüfungsakten

Ein Antrag auf Akteneinsicht (Art. 29 BayVwVfG) ist nach Abschluss des Verfahrens beim Dekan zu stellen, der Ort und Zeit der Einsichtnahme bestimmt.

§ 17

Inkrafttreten und Übergangsvorschrift

(1) Die Habilitationsordnung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die Habilitationsordnung für die Fakultät für Mathematik und Informatik der Universität Passau vom 25. April 1985 (KMBI. II S. 226), zuletzt geändert durch Satzung vom 4. Juni 1993 (KWMBI. II S. 587), mit der sich aus Abs. 3 ergebenden Einschränkung außer Kraft.

(3) Abweichend von Abs. 2 findet die Habilitationsordnung für die Fakultät für Mathematik und Informatik der Universität Passau vom 25. April 1985 (KMBI. II S. 226), zuletzt geändert durch Satzung vom 4. Juni 1993 (KWMBI. II S. 587), weiterhin Anwendung auf Bewerber gemäß Art. 128b Abs. 3 Satz 2 BayHSchG, die am 31. Dezember 2003 an einer Habilitationsschrift gearbeitet und dem Dekan innerhalb von sechs Monaten nach dem 31. Dezember 2003 schriftlich mitgeteilt haben, das Verfahren nach den bisherigen Bestimmungen fortführen zu wollen.

Ausgefertigt auf Grund des Beschlusses des Senats der Universität Passau vom 16. Februar 2005 und nach Erteilung der Genehmigung zu dieser Satzung durch den Rektor vom 2. März 2005.

Passau, den 2. März 2005

UNIVERSITÄT PASSAU
Der Rektor

i. V.

Bloch

Die Satzung wurde am 2. März 2005 in der Hochschule niedergelegt; die Niederlegung wurde am 2. März 2005 durch Anschlag in der Hochschule bekannt gegeben.

Tag der Bekanntmachung ist der 2. März 2005.